

# Newsletter

## Tirol-Büro Brüssel



### Themen in dieser Ausgabe

#### Thema der Woche

- **Kommission präsentiert Terrorabwehr-Paket** 2

#### Neues aus den Institutionen

##### Europäisches Parlament

- **Parlament fordert fairere Asylregelungen** 3
- **EU-weiter Schutz für „Whistleblower“** 3
- **Emissionshandel soll ab 2023 auch für den Luftverkehr gelten** 4
- **Parlament stimmt über EU-Haushalt 2018** 4
- **Verstärkung der Sicherheitskontrollen an den Grenzen Europas** 5

##### Rat der Europäischen Union

- **EU-Gipfel am 19. und 20. Oktober** 6
- **Zustimmung zur europäischen Säule sozialer Rechte** 6
- **Grundsatzvereinbarung über Entsenderrichtlinie** 7

##### Europäische Kommission

- **EU-Regelung soll LandwirtInnen mehr Schutz bieten** 8
- **Erster Bericht zum EU-US-Datenschutzschild** 8

##### Ausschuss der Regionen

- **Stellungnahme zur europäischen Strategie für Kooperative Intelligente Verkehrssysteme** 9

##### Sonstiges

- **Abbau von Sprachbarrieren zur Schaffung dynamischerer Grenzregionen** 10
- **Grundrechte bei der Überwachung durch Nachrichtendienste** 10
- **Dreigliedriger Sozialgipfel** 11
- **Europäische Woche für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2017** 11
- **Öffentliches Defizit im Euroraum bei 1,5% und in der EU28 bei 1,7% des BIP** 12
- **Statistisches Porträt des Lebens in Europa** 12

##### Ihre Stimme in Europa

- **Laufende Konsultationen** 13

**Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen** 14

**Tagesordnungen der Institutionen** 15

**Impressum und Abbildungsverzeichnis** 15

Vertretung der Europaregion  
Tirol-Südtirol-Trentino  
bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel*  
*Rue de Pascale 45*  
*B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00*

*Fax: 0032 2 742 09 80*

*E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)*



# Thema der Woche

## Kommission präsentiert Terrorabwehr-Paket

Die Kommission hat am 18. Oktober Maßnahmen vorgestellt, die BürgerInnen besser vor terroristischen Bedrohungen schützen sollen. Mit dem Paket sollen die durch die jüngsten Anschläge zutage getretenen Schwachstellen beseitigt und die Mitgliedstaaten beim Schutz des öffentlichen Raums unterstützt werden.



Im Paket enthalten sind Förderungen von 100 Mio. Euro im Rahmen der Initiative „Innovative Maßnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung“. Diese Mittel sollen Städten zur Verfügung gestellt werden, die in Sicherheitslösungen für stark frequentierte Plätze investieren.

Des Weiteren ist die Errichtung eines Forums für Angehörige einschlägiger Berufe und ein Sicherheitsnetz für Hochrisikofälle vorgesehen, um eine Plattform für gemeinsame Schulungen und gemeinsame Übungen zu schaffen. So soll die Abwehrbereitschaft gegen Angriffe gesteigert werden. Ein weiteres Forum wird zur Förderung öffentlich-privater Partnerschaften eingerichtet.

Die Kommission beabsichtigt auch eine erweiterte Beschränkung des Zugangs zu Stoffen, die zur Eigenherstellung von Explosivstoffen verwendet werden können. In

diesem Zusammenhang wird z.B. die Überprüfung der Verordnung über Ausgangsstoffe für Explosivstoffe vertieft.

Zuletzt schlägt die Kommission noch vor, die internationale Kooperation bei der Bekämpfung von Terrorismus zu stärken. Zu diesem Zweck empfiehlt sie dem Rat, die Aufnahme von Verhandlungen über eine Überarbeitung des Abkommens betreffend Fluggastdatensätze mit Kanada voranzutreiben. Zum anderen soll die Zusammenarbeit von Europol (Europäisches Polizeiamt) mit Drittländern (bspw. Ägypten, Israel, Libanon, Marokko und Tunesien) intensiviert werden.

[Mehr Informationen](#)



# Europäisches Parlament

## Parlament fordert fairere Asylregelungen

**Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments verabschiedete am 19. Oktober seine Vorschläge für eine neue Dublin-Verordnung.**

Mit den vorgeschlagenen Regelungen würde die automatische Zuständigkeit des Erstaufnahmelandes wegfallen. Stattdessen würden „echte Verbindungen“ zu einem Mitgliedstaat berücksichtigt werden, wie z.B. Familie, vorangegangene Aufenthalte oder Studium.

Liegt keine solche Verbindung vor, werden AsylbewerberInnen automatisch nach einem festen Verteilungsschlüssel einem EU-Mitgliedstaat zugeteilt, sobald sie registriert sind, eine Sicherheitsüberprüfung bestanden haben und die für die Umsiedlung erforderlichen Kriterien erfüllen. Damit soll vermieden werden, dass insbesondere die

Mitgliedstaaten an den Außengrenzen einen unverhältnismäßig hohen Anteil an den internationalen Verpflichtungen Europas zum Schutz von Menschen in Not schultern müssen.

Für Mitgliedstaaten, die sich nicht an die Vorschriften halten, ist im Vorschlag eine Einschränkung des Zugangs zu EU-Mitteln vorgesehen. Das Plenum wird im November über den Beschluss des Ausschusses abstimmen und erwartungsgemäß auf dieser Grundlage die Aufnahme von Verhandlungen mit dem Rat billigen. Letzterer hat seine Position noch nicht kundgetan.

[Mehr Informationen](#)

## EU-weiter Schutz für „Whistleblower“

**In einer Entschließung vom 24. Oktober fordern die EU-Parlamentarier neue Vorschriften für „Whistleblower“. Hinweisgeber, die im öffentlichen Interesse handeln, verdienen angemessenen Schutz und Unterstützung, so die Abgeordneten.**

Derzeit sei der Schutz von Informanten in der EU lückenhaft und unzureichend. Aus diesem Grund fordern die MEPs die EU-Kommission auf, noch in diesem Jahr Regelungen vorzuschlagen, die einen EU-weiten Schutz gewährleisten.

Gemäß der nicht-bindenden Entschließung sollen alle EU-Länder zudem klarere Meldemechanismen und Schutzmaßnahmen gegen Vergeltungsmaßnahmen einführen. Des Weiteren sollen unterstützende

Maßnahmen für Informanten (z.B. Rechts- und Finanzhilfe, psychologische Betreuung und Schadensersatz), nach erlittenen Schäden bei zivilrechtlichen Verfahren sichergestellt werden. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments fordern außerdem die Einrichtung einer EU-Behörde zur Koordinierung in grenzüberschreitenden Fällen.

[Mehr Informationen](#)



## Emissionshandel soll ab 2023 auch für den Luftverkehr gelten

Am 19. Oktober haben sich EU-Parlament und Ministerrat [geeinigt](#), wie das Emissionshandelssystem (ETS) in Zukunft für den Luftverkehr anwendbar sein soll. Demnach darf der Sektor ab 2024 nicht mehr von kostenfreien Emissionszertifikaten profitieren.

Derzeit stößt der Luftverkehr 85% seiner CO<sub>2</sub>-Emissionen aus, ohne dafür wie andere Industriezweige zu zahlen. Es wurde beschlossen, diese Ausnahmeregelung für den Luftverkehr noch bis Dezember 2023 zu verlängern. Das EU-Parlament hatte ursprünglich ein Ende für 2021 gefordert.

In den nächsten 12 Monaten soll zudem ein internationales Kompensationssystem der Internationalen Zivilluftfahrorganisation (ICAO) eingeführt werden. Die Kommission will dann die beiden Systeme zusammenführen, sodass Flüge innerhalb der EU sowie internationale Flüge gleich behandelt werden.

[Mehr Informationen](#)

## Parlament stimmt über EU-Haushalt 2018

Am 24. Oktober debattierten die Abgeordneten über das EU-Budget für 2018. Daran anknüpfend wird dem Verhandlungsteam des EU-Parlaments am 25. Oktober das Mandat erteilt, sich in den bevorstehenden Verhandlungen mit dem Rat für einen soliden EU-Haushalt für das nächste Jahr einzusetzen.

Die Abgeordneten schlagen einen Etat von 162,6 Mrd. Euro vor, zwei Mrd. mehr als im Entwurf der EU-Kommission. Dabei wurden ebenfalls alle vom Rat geforderten Kürzungen abgelehnt und zusätzliche Mittel für Migration, Sicherheit, Beschäftigung und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gefordert.

In diesem Zusammenhang sollen auch die [Vorbeitrittshilfen für die Türkei gekürzt](#) werden. 50 Mio. Euro werden gestrichen, weitere 30 Mio. Euro werden bis auf weiteres eingefroren. In Summe sei dies zwar nur ein

Achtel der 640 Mio. Euro, welche die Türkei pro Jahr erhält. Nach Ansicht von MEPs ist es dennoch ein erstes Signal, dass angesichts der Entwicklungen in der Türkei nicht einfach zur Tagesordnung übergegangen wird.

Mit der am 25. Oktober stattfindenden Abstimmung im Plenum wird ein dreiwöchiges Vermittlungsverfahren eingeleitet, in dem Parlament und Rat eine Einigung über den Haushalt für das kommende Jahr finden müssen.

[Mehr Informationen](#)



## Verstärkung der Sicherheitskontrollen an den Grenzen Europas

**Am 25. Oktober stimmten die Abgeordneten des EU-Parlaments für ein elektronisches System zur Beschleunigung der Grenzkontrollen im Schengen-Raum. Damit soll die Registrierung von Reisenden ohne EU-Staatsangehörigkeit erleichtert werden.**

Das neue Einreise-/Ausreisensystem (EES) soll Informationen (wie Name, Fingerabdrücke, Gesichtsbild, Datum und Ort) über Einreise, Ausreise sowie die Einreiseverweigerungsdaten von Drittstaatsangehörigen registrieren. Dadurch soll die Überprüfung vereinfacht werden, ob die zulässige Dauer eines Kurzaufenthalts (d.h. höchstens 90 Tage in einem Zeitraum von 180 Tagen) eingehalten wird.

Das EES soll das manuelle Abstempeln von Pässen ablösen und Grenzübertritte beschleunigen. Gleichzeitig soll es leichter werden, Aufenthaltsüberzieher zu erkennen und Dokumenten- und Identitätsbetrug zu bekämpfen. Die Daten von Personen, denen die Einreise verweigert wird, werden drei Jahre lang gespeichert, um zu verhindern, dass sie über eine andere Grenze einreisen.

[Mehr Informationen](#)



# Rat der Europäischen Union

## EU-Gipfel am 19. und 20. Oktober

Die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Mitgliedstaaten trafen vom 19. bis zum 20. Oktober in Brüssel zusammen. Auf ihrer Agenda standen die Themen Migration, Digitalisierung, Sicherheit und Verteidigung, sowie Außenbeziehungen.

Hinsichtlich Migration hob der Europäische Rat u.a. den wesentlichen Beitrag Italiens auf der zentralen Mittelmeerroute hervor und sprach sich für eine vertiefte Zusammenarbeit mit den libyschen Behörden und allen Nachbarstaaten Libyens aus. In Bezug auf Digitalisierung einigten sich die Staats- und Regierungschefs auf Prioritäten, zur Überführung öffentlicher Verwaltungen ins digitale Zeitalter, zur Annahme eines gemeinsamen Konzepts für die Cybersicherheit, etc.

Im Übrigen nahmen die EU-Führungsspitzen die Beratungen über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich wieder auf. Im EU-27-Format hat sich der Europäische Rat noch mit den jüngsten Entwicklungen bei den Brexit-Verhandlungen befasst.

[Mehr Informationen](#)

## Zustimmung zur europäischen Säule sozialer Rechte

Am 23. Oktober haben die EU-MinisterInnen für Beschäftigung und Soziales die [Proklamation](#) zur europäischen Säule sozialer Rechte beschlossen. Sie soll neue und wirksamere Rechte für die BürgerInnen gewährleisten.

Die [europäische Säule sozialer Rechte](#) baut auf 20 Grundsätzen auf, welche drei Kategorien zugeordnet werden. Dies umfasst „Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang“, „faire Arbeitsbedingungen“ sowie „Sozialschutz und soziale Inklusion“.

Endgültig angenommen wird die Proklamation zur europäischen Säule sozialer

Rechte am 17. November bei dem Sozialgipfel in Göteborg. Die Grundsätze der Säule finden keine unmittelbare Anwendung, sondern bedürfen der Ausgestaltung auf europäischer oder nationaler Ebene.

[Mehr Informationen](#)



## Grundsatzvereinbarung über Entsenderichtlinie

Am 23. Oktober haben die EU-BeschäftigungsministerInnen eine Vereinbarung über die Überarbeitung der Richtlinie betreffend die Entsendung von ArbeitnehmerInnen erzielt. Damit sollen die Rechte entsandter ArbeitnehmerInnen, ein fairer Wettbewerb und ein gut funktionierender Binnenmarkt sichergestellt werden.

Gemäß der Grundsatzvereinbarung sollen die entsprechenden Bestimmungen der Richtlinie, die aktuell primär für den Bereich der Bauwirtschaft gelten, nun auf alle Wirtschaftsbereiche ausgeweitet werden. Zudem soll die Dauer der Entsendung auf zwölf Monate eingeschränkt werden. Vorgesehene Ausnahmestimmungen erlauben allerdings eine Verlängerung um weitere sechs Monate. Ausgenommen von

den Entsendebestimmungen ist der Bereich Transport.

Der Beschäftigungsausschuss des EU-Parlaments hatte sich am 16. Oktober auf seinen [Standpunkt](#) geeinigt. Der endgültige Kompromiss muss nun von EU-Parlament und Rat auf Basis der beiden Positionen ausverhandelt werden.

[Mehr Informationen](#)



# Europäische Kommission

## EU-Regelung soll LandwirtInnen mehr Schutz bieten

**EU-Agrarkommissar Phil Hogan plant, noch im Frühjahr einen Gesetzesvorschlag zur Regelung von unfairen Handelspraktiken vorzulegen. Diese soll LandwirtInnen vor der Übermacht von Supermärkten schützen.**

Zunehmend sehen sich LandwirtInnen der Herausforderung ausgesetzt, ihre Produkte an wenige große Händler verkaufen zu müssen. Die Machtkonzentration und die Abhängigkeit der ProduzentInnen führen nicht selten zu unfairen Handelspraktiken von Seiten der HändlerInnen.

Lange beurteilte die Kommission nationale Regelungen als ausreichend, mit denen versucht wird, das Ungleichgewicht in der Lebensmittelversorgungskette auszugleichen. Doch langsam finden die Bemühungen des

Europäischen Parlaments Anklang, und es werden Vorschläge zur Regelung auf EU-Ebene verhandelt. Vertragsänderungen im Nachhinein, einseitige Preissenkungen oder verspätete Zahlungen sollen bald der Vergangenheit angehören.

In Österreich teilen sich beispielsweise die drei größten Lebensmittelhändler (REWE-Gruppe, SPAR-Gruppe, Hofer) fast 90 % Marktanteil.

[Mehr Informationen](#)

## Erster Bericht zum EU-US-Datenschutzschild

**Am 18. Oktober hat die Kommission ihren ersten jährlichen Bericht zur Überprüfung der Funktionsweise des EU-US-Datenschutzschilds ([englische Version](#)) präsentiert. Insgesamt gewährleistet der Datenschutzschild ein angemessenes Datenschutzniveau, ist aber in der Praxis verbesserungswürdig.**

Der EU-US-Datenschutzschild soll personenbezogene Daten schützen, wenn diese zu gewerblichen Zwecken an Unternehmen in den USA übermittelt werden. Laut erster Bestandsaufnahme haben die US-Behörden erforderliche Strukturen und Verfahren geschaffen. Dazu gehören neue Rechtsschutzinstrumente, Beschwerde- und Rechtsdurchsetzungsverfahren, Intensivierung der Zusammenarbeit mit den europäischen Datenschutzbehörden sowie ein Zertifizierungsverfahren.

Nach Ansicht der Kommission brauche es allerdings eine aktivere bzw. regelmäßige Kontrolle der Einhaltung der Datenschutzpflichten durch die beteiligten Unternehmen von Seiten des US-Handelsministeriums. Ein Verbesserungspotential besteht des Weiteren bei der Information der in der EU ansässigen Personen über ihre Rechte sowie bei der Kooperation zwischen den für den Datenschutz verantwortlichen US- und EU-Behörden. Der Bericht empfiehlt auch die baldige Ernennung einer ständigen Ombudsperson des Datenschutzschilds.

[Mehr Informationen](#)





# Ausschuss der Regionen

## Stellungnahme zur europäischen Strategie für Kooperative Intelligente Verkehrssysteme

In einer nun veröffentlichten [Stellungnahme](#) der AdR-Plenartagung im Oktober wird dazu aufgerufen, die europäische Strategie für Kooperative Intelligente Verkehrssysteme (C-ITS) zu optimieren. Der Ausschuss fordert weitergehende Maßnahmen, um die Möglichkeiten von C-ITS auszuschöpfen.

Die Umsetzung von C-ITS in Verkehrssystemen in und zwischen Städten und Regionen kann nach Ansicht des AdR erhebliche Vorteile für die Bürger bringen.

In der Stellungnahme wird allerdings betont, dass die Kommission bislang dem Pkw-Straßenverkehr zu viel Aufmerksamkeit gewidmet hat. Es sollten auch automatische Systeme im öffentlichen Verkehr, in der Binnenschifffahrt, im Luftverkehr und im Schienenverkehr entwickelt und genutzt werden.

Dabei wird angemerkt, dass C-ITS einen wichtigen Beitrag zur Verringerung von negativen Verkehrsauswirkungen, wie bspw. Überlastung, Luftverschmutzung, Parkplatzmangel und niedrige Verkehrssicherheit, leisten könnten.

[Mehr Informationen](#)



# Sonstiges

## Abbau von Sprachbarrieren zur Schaffung dynamischerer Grenzregionen

**Im Rahmen der Europäischen Woche der Regionen und Städte 2017 fand im Oktober eine Debatte zum Thema „Sprachbarrieren abbauen, um dynamischere Grenzregionen zu schaffen“ statt.**

Bei der Veranstaltung wurde betont, dass in Grenzregionen in erster Linie die Sprache der Nachbarn als zweite Fremdsprache erlernt werden sollte. In der Diskussion wurde weiters auf die Mitteilung der Kommission zur Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen vom 20. September verwiesen. Demnach könnten Grenzregionen um durchschnittlich 8% reicher sein, wenn alle dieselbe Sprache sprächen und Hemmnisse beseitigt würden.

Generell sollte die Zweisprachigkeit in Grenzregionen mit Mitteln aus Erasmus+ und Interreg-Programmen gefördert werden. Als Positivbeispiel wurde die „Frankreich-Strategie“ des deutschen Bundeslands Saarland genannt, die einen zweisprachigen Ansatz auf allen Verwaltungsebenen fördert.

[Mehr Informationen](#)

## Grundrechte bei der Überwachung durch Nachrichtendienste

**In einem am 23. Oktober veröffentlichten Bericht ([englische Version](#)) kommt die in Wien ansässige Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zum Schluss, dass vergangene Rechtsreformen die Überwachung zwar transparenter machten. Als Gegengewicht zu den Befugnissen der Nachrichtendienste sei aber dennoch eine bessere Kontrolle erforderlich.**

Der Bericht zeigt, dass aufkommende Sicherheitsrisiken und neue Technologien eine Vielzahl umfangreicher Reformen der Überwachungsgesetzgebung zur Folge hatten. Vor diesem Hintergrund sind stärkere Schutzmaßnahmen erforderlich, um Datenschutz und Privatsphäre zu garantieren.

Nach dem FRA-Bericht sind die Justiz, spezialisierte Expertengremien, parlamentarische Ausschüsse und Datenschutzbehörden entscheidend, um die Tätigkeiten von Nachrichtendiensten zu überwachen. Die Arbeit dieser Stellen wird allerdings aufgrund unzureichendem Zugang zu Informationen sowie durch eingeschränkte

Kompetenzen behindert. Daher sei eine unabhängige Aufsicht mit ausreichenden Befugnissen und Zuständigkeiten nötig.

Generell ist es für Opfer von Rechtsverletzungen schwer, wirksame Rechtsmittel zu ergreifen. Dies insbesondere deshalb, weil die Zuständigkeiten für Abhilfe komplex sind und die nachrichtendienstlichen Aktivitäten geheim gehalten werden. Ein mögliche Lösung, Menschen rechtliche Hilfe zu ermöglichen, sind spezialisierte RichterInnen mit Zugang zu vertraulichen Informationen.

[Mehr Informationen](#)



## Dreigliedriger Sozialgipfel

**Am 18. Oktober fand der halbjährliche „Dreigliedrige Sozialgipfel“ zur künftigen Gestaltung von Wachstum und Beschäftigung in Europa statt. Er bietet ein Forum für den Dialog zwischen den Präsidenten der EU-Organe und führenden VertreterInnen der europäischen Sozialpartner.**

Im Mittelpunkt der Beratungen vom 18. Oktober stand die soziale Dimension Europas, insbesondere die Europäische Säule sozialer Rechte. Weiters diskutiert wurden Wege, wie Sozialpartner besser in Politik und Reformen auf nationaler Ebene einbezogen werden können. Zudem wurden Investitionen in das Lernen in einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft besprochen.

Die Ergebnisse der Beratungen werden in den am 17. November stattfindenden Sozialgipfel in Göteborg einfließen.

[Mehr Informationen](#)

## Europäische Woche für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2017

**Am 23. Oktober wurde die diesjährige „Europäische Woche für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit“ eröffnet. Die bis zum 27. Oktober andauernde und europaweit stattfindende Veranstaltung steht im Zeichen der Kampagne „Gesunde Arbeitsplätze – für jedes Alter“.**

Die Förderung sicherer und gesunder Arbeitsplätze für Menschen jeden Alters ist von entscheidender Bedeutung für die Aufrechterhaltung des europäischen Arbeitskräftepotenzials. Aktuell verlassen Arbeitskräfte den Arbeitsmarkt im Durchschnitt im Alter von 61 Jahren, viel früher im Vergleich zum offiziellen Durchschnittsrentenalter (65) in vielen EU-Mitgliedstaaten.

Vor diesem Hintergrund soll das Event Unternehmen, Experten im Bereich Arbeitsgesundheit und -sicherheit sowie ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit geben, zusammenzukommen. Sie sollen sich über bewährte Verfahren in Bezug auf nachhaltiges Arbeiten und gesundes Altern austauschen.

[Mehr Informationen](#)



## Öffentliches Defizit im Euroraum bei 1,5% und in der EU28 bei 1,7% des BIP

Am 23. Oktober stellte Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, neue Daten zum öffentlichen Defizit und öffentlichen Schuldenstand bereit. Im Vergleich zu 2015 verringerten sich im Jahr 2016 das öffentliche Defizit und der öffentliche Schuldenstand sowohl im Euroraum (ER19) als auch in der EU28.

Im Mittelpunkt der Beratungen vom 18. Oktober stand die soziale Dimension Europas, insbesondere die Europäische Säule sozialer Rechte. Weiters diskutiert wurden Wege, wie Sozialpartner besser in Politik und Reformen auf nationaler Ebene einbezogen werden können. Zudem wurden Investitionen in das Lernen in einer digitalen Wirtschaft und Gesellschaft besprochen.

Die Ergebnisse der Beratungen werden in den am 17. November stattfindenden Sozialgipfel in Göteborg einfließen.

[Mehr Informationen](#)

## Statistisches Porträt des Lebens in Europa

Anlässlich des Europäischen Statistiktages am 20. Oktober veröffentlichte Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, eine Publikation über das Leben von Frauen und Männern in Europa.

Die Veröffentlichung „Das Leben von Frauen und Männern in Europa – ein statistisches Portrait“ enthält Statistiken mit kurzen Texten, Grafiken und interaktiven Visualisierungen. Sie ist in drei Teile gegliedert: „Leben, erwachsen werden, altern“, „Lernen, arbeiten, Geld verdienen“ sowie „Essen, einkaufen, im Internet surfen, soziale Kontakte pflegen“.

Der erste Teil enthält z.B. Daten über Lebenserwartung, Haushaltstypen und Gesundheitswahrnehmung. Frauen in der EU

verlassen das Elternhaus durchschnittlich zwei Jahre früher als Männer (mit 25 Jahren gegenüber 27 Jahren). Der zweite Teil enthält Daten über Bildungsabschlüsse, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, Teilzeitarbeit, Arbeitslosigkeit. Es zeigt etwa, dass in der EU der Anteil der Frauen (33%) mit einem hohen Bildungsstand größer ist als der der Männer (29%). Im Mittelpunkt des dritten Teils stehen Ernährung und Sozialverhalten, Freizeitaktivitäten und Internetnutzung.

[Mehr Informationen](#)



# Ihre Stimme in Europa

## Laufende Konsultationen

„Ihre Stimme in Europa“ ist das Portal der Europäischen Kommission für Konsultationen und Rückmeldungen. Hier haben Sie die Möglichkeit, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern.

### [Öffentliche Konsultation über einen breiteren Zugang zu zentralen Bankkontenregistern für Strafverfolgungsbehörden](#)

Grenzen und Sicherheit

17 Oktober 2017 - 9 Januar 2018

### [Öffentliche Konsultation zu Europeana, der digitalen EU-Plattform für das Kulturerbe](#)

Digitale Gesellschaft

17 Oktober 2017 - 14 Januar 2018

### [Öffentliche Konsultation zu ergänzenden Schutzzertifikaten \(SPC\) und patentrechtlichen Forschungsprivilegien](#)

Binnenmarkt, Unternehmen und Industrie, Forschung und Innovation, Öffentliche Gesundheit

12 Oktober 2017 - 4 Januar 2018

### [Öffentliche Konsultation zu Spezifikationen für kooperative intelligente Verkehrssysteme](#)

Mobilität und Verkehr

10 Oktober 2017 - 5 Januar 2018

### [Öffentliche Konsultation zur Überprüfung der Richtlinie über die Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors \(PSI-Richtlinie\)](#)

Digitale Wirtschaft und Gesellschaft

19. September 2017 - 12. Dezember 2017

### [Initiative zu Personalausweisen und Aufenthaltsdokumenten](#)

Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit

12. September 2017 - 5. Dezember 2017

### [Öffentliche Konsultation zum EU-Rückkehrerausweis \(EU ETD\)](#)

Justiz und Grundrechte

12. September 2017 - 5. Dezember 2017



# Aufforderung der EU zur Einreichung von Vorschlägen

## Umwelt

<u>Umwelt</u>			
Umweltverschmutzung, Gesundheit, Innovation, Nachträglichkeit	<a href="#">Materials for clean air</a>	23.01.2018	€ 3.000.000
Saubere Motoren, Emission, Biokraftstoffe, Ingenieurwesen	<a href="#">HORIZON PRIZE - CLEANEST ENGINE OF THE FUTURE</a>	20.08.2019	€ 3.500.000

## Instrument zur Fördermittelsuche

[Instrument zur Fördermittelsuche deutsche Version](#)

[Instrument zur Fördermittelsuche italienische Version](#)



## Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

## Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

## Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

## Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

## Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen: <http://www.eurobrussels.com/>

Interessante Veröffentlichungen aus der EU:

<https://bookshop.europa.eu/de/home/>

---

### Impressum

Vertretung des Landes Tirol bei der EU  
Rue de Pascale 45-47  
B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00  
Fax: 0032 2 742 09 80  
E-Mail: [info@alpeuregio.eu](mailto:info@alpeuregio.eu)  
Homepage: [www.alpeuregio.org](http://www.alpeuregio.org)

Redaktion und Bearbeitung:  
Direktor Mag. Dr. Richard Seeber  
Patrick Raschner

---

### Abbildungsverzeichnis

<http://ec.europa.eu/avservices/photo/photoDetails.cfm?ref=P-035442/00-08&sitelang=en#0>